

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur
Dr. Gerhard Münster
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

BMUKK-12.803/0001-III/2/2007

Unser Zeichen, Bearbeiterin

Pri/Cl, Leeb

Klappe (DW)

Fax (DW)

Datum

466 100 467

05.10.2007

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens erlassen wird und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz sowie das Schulorganisationsgesetz geändert werden; (BIFE-Gesetz 2008);

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des o.a. Entwurfs und gibt folgende Stellungnahme ab:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund begrüßt grundsätzlich die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Bildungsforschung. In der Anlage übersende wir die Stellungnahme der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, mit der Bitte um Berücksichtigung.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund regt weiters an, dass in die Gremien des neuen Bundesinstitutes auch Mitglieder aus den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (ÖGB und AK) berufen werden.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Einwände und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

Rudolf Hundstorfer
Präsident

Dr. Richard Leutner
Leitender Sekretär

Anlage

NEUE ADRESSE:
1010 Wien, Laurenzerberg 2

Telefon +43 1 534 44-Dw
Telefax +43 1 534 44-Dw

Internet www.oegb.at
E-Mail oegb@oegb.or.at

BAWAG AG, Kto. Nr. 01010-225-007
PSK, Kto. Nr. 1808.005

Dieses Dokument wurde [ZVR-Nr. 57649352](#) Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit
und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

ATU 162 731 00



BMHS – Gewerkschaft

der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen
 1080 Wien, Strozzigasse 2/4. Stock, Tel. (01) 533 63 35, Fax Dw. – 20,
 Mailadresse: office.bmhs@goed.at ZVR-Nr. 576439352

per E-MAIL an: "claudia.leeb@oegb.at

An den ÖGB

Referat f. Berufsbildung

Claudia Leeb

Laurenzerberg 2

1010 Wien

Wien, am 4. Oktober 2007

Rai/Kov/331/07

Stellungnahme des Zl. 12.803/0001-III/2/2007

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens erlassen wird und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz sowie das Schulorganisationsgesetz geändert werden (BIFIE-Gesetz 2008);

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die BMHS-Gewerkschaft spricht sich gegen eine Ausgliederung des Bildungsinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens aus. Eine Bundesdienststelle, die zudem in die Hierarchie des Öffentlichen Dienstes eingegliedert ist, erledigt ihre Arbeiten genauso effizient und in der Regel kostengünstiger. Zudem ist im Öffentlichen Dienst ein weniger aufwendiger Aufsichtsbereich von Nöten. Ausgliederungen dienen oft nur der Verschiebung der Kostenstellen und bringen zudem für die Beschäftigten nach einer ersten Übergangsfrist oft nachhaltige Verschlechterungen der Dienstverhältnisse und der Arbeitsbedingungen. Die im Gesetzentwurf angestrebte Auslagerung von Bundes-Personalkosten und die damit bezweckte Verbilligung der von der öffentlichen Hand benötigten Leistungen soll durch Reduzierung der „Stammbelegschaft“ erreicht werden. Das Einkaufen privater Forschungs- und Evaluationsleistungen durch das im Gesetzesentwurf beschriebene neue BIFIE dient als billiger Ersatz für eigene wissenschaftliche Tätigkeit. Der Verzicht auf eigene wissenschaftliche Tätigkeiten wird zu einer Zunahme „freier“, oft prekärer Dienstverhältnisse in privaten Forschungseinrichtungen führen, während qualifizierte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verloren gehen. Der vorgesehene Verkauf von Bildungsforschungs-Dienstleistungen durch das BIFIE (de facto eine Form von Drittmittelfinanzierung) wäre auch im Rahmen einer Teilrechtsfähigkeit möglich.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
 für die Bundesleitung14

Mag. Jürgen Rainer
 Vorsitzender